



Insektenschutzpaket

Landwirtschaft und Insektenschutz gehen Hand in Hand

Monreal. Artenvielfalt und die Erhaltung der Insektenbestände haben eine große Bedeutung für die Landwirtschaft. Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland Nassau, Michael Horper, hat auf dem Schnürenhof der Familie Ludwig in Monreal die Folgen des aktuellen Entwurfs des Insektenschutzpaketes der Bundesregierung kritisiert. Grundsätzlich gefährde der Gesetzgeber die Erfolge im Naturschutz und die Bereitschaft der Landwirte, freiwillige Leistungen im Umweltschutz durchzuführen: „Gesetze dürfen nicht dazu führen, dass freiwillige Maßnahmen für den Naturschutz gefährdet und Fördermaßnahmen gekürzt oder gar eingestellt werden. Vielmehr ist es sinnvoll, den eingeschlagenen Weg im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen fortzuführen und auszubauen. Außerdem wurde den Bauernfamilien einst zugesagt, dass die Landbewirtschaftung in Schutzgebieten Bestandschutz habe und eine wirtschaftliche Flächennutzung auch weiterhin möglich sein würde.“

Horper forderte die verlässliche Finanzierung vereinbarter Maßnahmen und den Vorrang von Kooperationen und Freiwilligkeit vor Verboten und Auflagen und zwar in FFH-, Naturschutz- und Wasserschutzgebieten: „Die Einführung ordnungsrechtlicher Maßnahmen ist die schlechteste aller Lösungen!“ Außerdem müsse Pflanzenschutz in Flora-Fauna-Habitaten (FFH) und Vogelschutzgebieten weiterhin möglich sein. Ansonsten würde der Vertrauensschutz vollständig untergraben werden. Zusätzliche Umweltleistungen seien im Rahmen des Vertragsnaturschutzes umzusetzen und finanziell zu honorieren. Daher fordere der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau, dass im Rahmen der Änderungen des Naturschutzgesetzes und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung kooperative Regelungen und Initiativen der Bundesländer zum Naturschutz und Insektenschutz Vorrang vor Bundesregelungen haben müssten.

Verpflichtende Bewirtschaftungseinschränkungen seien, so Horper, ein Eingriff in das Eigentumsrecht. Dies werde grundsätzlich abgelehnt. Es mache ihm große Sorgen, wie per Gesetz über Eigentumsrechte der Menschen hinweggegangen werde. Jede Form der gesetzlichen Bewirtschaftungseinschränkung müsse daher vollständig und dauerhaft wirtschaftlich ausgeglichen werden. Dies sei im Bundesnaturschutz eindeutig festzulegen. Ebenso, dass auch Beschränkungen im Rahmen der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung an Gewässern und in Schutzgebieten rechtssicher zu entschädigen seien. Dies dürfe aber nicht zu Lasten der Ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik gehen, da diese Mittel direkt einkommenswirksam und ein Ausgleich für schwache Produktpreise seien. Für zusätzliche Ziele müsse auch für „frisches Geld“ gesorgt werden. Die Landwirtschaft sei zuerst für die Erzeugung von Nahrungsmitteln zuständig. Bei einschränkenden Vorgaben seien diese daher vollumfänglich auszugleichen. Ein landwirtschaftlicher Betrieb müsse schließlich wirtschaftlich arbeiten.

Grundsätzlich sollte den staatlich ausgebildeten Agraringenieuren, Landwirtschaftsmeistern, Technikern und Gesellen wieder mehr Vertrauen entgegengebracht werden. Absolute Verbote bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in FFH-Gebieten oder übertriebene Abstände von Gewässern seien indiskutabel. Den Unternehmern stünden mittlerweile hervorragende Techniken und speziell zugelassene Pflanzschutzmittel zur Verfügung. Sowohl der technische als auch der wissenschaftliche Fortschritt bis hin zur sogenannten Präzisionslandwirtschaft dürften auf politischer Ebene nicht ignoriert werden. Es sei mittlerweile möglich Naturschutz und Landwirtschaft – auch konventionelle Landwirtschaft – unter einen Hut zu bringen. Die Politik müsse sich nur von Tatsachen und Fakten leiten lassen und weniger von Meinungen und Ansichten. Außerdem müsse auch der außerlandwirtschaftliche Einfluss auf die Insektenvielfalt sehr viel stärker Berücksichtigung finden. Lichtverschmutzung, Steingärten und vor allem die Flächenversiegelung müssten stärker in den Fokus politischer Entscheidungen gelangen als bisher.

Der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Mayen-Koblenz, Wolfgang Karbaum, stellte fest, dass den Betriebsleitern die fachliche Kompetenz abgesprochen werde, obwohl die Landwirtschaft die schützenswerte Vielfalt erst geschaffen habe: „Wir Landwirte benötigen die Insekten für unsere landwirtschaftlichen Kulturen. Wir legen Blühstreifen an und lagern Mist auf der Feldflur. Einschränkungen in unserer Bewirtschaftung schade der Insektenvielfalt!“ Die Politiker rief Karbaum auf: „Lasst uns praxisgerecht arbeiten und vertraut uns Fachleuten, damit ist dem Insektenschutz gedient.“

Betriebsleiter Stephan Ludwig wies darauf hin, dass über 60 Prozent seiner Betriebsfläche sogenannte Flora-Fauna-Habitat-Flächen (FFH) seien. Bei Einschränkungen im Bereich des Pflanzenschutzes sowie der Düngung werde seine betriebliche Arbeit enorm erschwert. Obwohl die Betriebe modernste Techniken, Geräte mit exakter Dosierung und Grenzstreueinrichtungen nutzen, würden völlig überzogene Gewässerabstandsaufgaben geplant. Den Bauern werde mit den geplanten Auflagen geradezu ihre fachliche Kompetenz abgesprochen. Das sei indiskutabel. Er dürfe noch nicht einmal Grünland umbrechen, obwohl er es umgehend neu einsäen würde: „Ich will meinen Job machen und Lebensmittel erzeugen und dabei nehme ich Rücksicht auf meine Umwelt. Bei einem Pflanzenschutzmittelverbot muss gehackt und gestriegelt werden, mit der Folge, dass vermehrt Bodenbrüter und Feldhasen getötet sowie CO₂ freigesetzt werden. Die geplanten Alternativen sind keine Alternativen!“, machte Ludwig deutlich.

Vizepräsident Walter Clüsserath verdeutlichte, dass in den letzten Jahrzehnten täglich ca. 100 Hektar in Deutschland versiegelt worden seien. Diese habe seit Gründung der Bundesrepublik rechnerisch zur Versiegelung ganzer Bundesländer geführt. Natürlich habe das Auswirkungen auf die Artenvielfalt der Insekten. Dies dürfe aber nicht der Landwirtschaft angelastet werden. Immerhin seien auch die Dünge- und Pflanzenschutzmittelmengen deutlich zurückgegangen. Gänzlich ohne den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sei die Erzeugung von Qualitätsnahrungsmitteln nicht möglich.

Am Ende der Pressekonferenz fasste Horper zusammen, dass die Landwirte bereit seien und bereit sein werden, sich noch stärker für den Insektenschutz einzusetzen: „Wir stehen heute und in Zukunft hinter einem kooperativen Naturschutz: „Wir ackern auch für Insekten!“.